

# Bericht über die Entwicklung in POLEN

Juli 1961

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite 1
1) Polen und die Verschärfung der internationalen Lage	1
2) Nicht so heiß...	4
II. <u>Wirtschaft</u>	7
1) Ergebnisse des I. Halbjahres 1961	7
III. <u>Soziale Probleme</u>	14
1) Reallöhne	14
2) "Neustädter" in Polen	17

---

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn

## I. Politische Ereignisse

### 1. Polen und die Verschärfung der internationalen Lage

Die nachfolgende Einschätzung der Situation stammt von einem Beobachter, der die jüngste Entwicklung in Warschau miterlebte und engen Kontakt zu einflußreichen politischen Kreisen der polnischen Hauptstadt hat.

Unmittelbarer Grund der heutigen angespannten Lage in der Welt ist die von CHRUSCHTSCHOW künstlich konstruierte und heraufbeschworene "Berliner Krise". Bekannterweise wurde diese Krise von dem sowjetischen Kommunistenführer vor ca. drei Jahren, im Herbst 1958, durch eine Rede auf einer Massenversammlung in Moskau initiiert. Nicht viele erinnern sich aber heute, daß jene Massenversammlung zu Ehren des damals in Moskau weilenden polnischen Parteichefs GOMULKA einberufen wurde. So kann man also behaupten, daß GOMULKA mit dem, was man sowjetischerseits als "Berliner Krise" bezeichnet, vom ersten Augenblick an konfrontiert war, und das bedeutet gleichzeitig, Stellung nehmen zu müssen.

GOMULKAs Beziehungen zu CHRUSCHTSCHOW gelten seit ein paar Jahren als ausgezeichnet, beide Seiten sprechen von einer persönlichen Freundschaft, doch geht diese Freundschaft nicht so weit, daß CHRUSCHTSCHOW den Polen in alle Geheimnisse seiner politischen Winkelzüge einweicht. Aus der Umgebung GOMULKAs konnte man jedenfalls damals erfahren, daß die sowjetischen Berlinpläne für den polnischen Parteichef völlig überraschend kamen. Er wurde über den geplanten Vorstoß kurzfristig benachrichtigt, gerade noch früh genug, um in den Text seiner Rede noch ein paar Sätze einfügen zu können, in denen er sich mit CHRUSCHTSCHOWschen Plänen solidarisch erklärte.

Diese Solidaritätserklärung solle niemanden über die wahren Gefühle GOMULKAs täuschen. Noch während seines Moskauer Aufenthaltes machte er in vertrautem Kreis keinen Hehl daraus, wie ungelegen

ihm die neue Initiative CHRUSCHTSCHOWs kam. Die Natur der Beziehungen zwischen Moskau und Warschau ließ GOMULKA keine andere Möglichkeit, als dem Plan zuzustimmen. GOMULKA tat es ohne jede Begeisterung, man könnte fast sagen, "schweren Herzens".

Es waren bestimmt nicht Sympathien für Deutschland, die GOMULKA mit Abneigung gegen die neue Berlin-Offensive CHRUSCHTSCHOWs erfüllte. Die Gründe für die mangelnde Begeisterung GOMULKAs in Anbetracht der Perspektive einer neuen Berlin-Krise hatten mit irgendwelchen Sympathien oder Antipathien nichts zu tun. Polen ist ein Land in dem alle, sowohl die Regierenden als auch die Regierten, an einer friedlichen Koexistenz zwischen West und Ost gleich interessiert sind. ULBRICHT kann vom kalten Krieg nur profitieren, für Polen bringt der kalte Krieg nur Nachteile.

Eine andauernde Verschärfung der internationalen Lage muß logischerweise innerpolitische Konsequenzen für die Länder des sowjetischen Blocks, insbesondere aber für Polen haben. In der Atmosphäre des kalten Krieges muß sich der Druck des gesamten Ostblocks auf Gleichschaltung des politischen Systems in Polen verstärken. Für die Besonderheiten des "polnischen Weges" hat man im Ostblock umso weniger Verständnis, je gefährlicher die Ost-West-Spannungen sind. Kalter Krieg verlangt zusätzliche wirtschaftliche Opfer, Polen kann sie sich heute weniger denn je leisten. Dieses Land müßte unter Umständen auf die amerikanische Kredithilfe verzichten, in einer Zeit, wo es um grössere Kredite in den Vereinigten Staaten angehalten hat. Die heutige relativ liberale Kulturpolitik des GOMULKA-Regimes könnte im Zustand des kalten Krieges auf die Dauer nicht fortgesetzt werden. Die zahlreichen kulturellen Verbindungen Polens mit dem Westen (insbesondere mit Frankreich, Italien und Amerika) würden gänzlich unterbunden, wie es schon einmal in der stalinistischen Zeit geschehen war.

Solche Perspektiven sind sowohl für die Bevölkerung als auch für die Regierung Polens nicht erfreulich. Darin unterscheidet sich dieses Land von anderen Satellitenstaaten wie etwa der "DDR" oder der CSSR.

Eine aktive Beteiligung Polens an der CHRUSCHTSCHOWschen Berlin-Offensive müßte weiter zur Folge haben, daß Polen viele Sympathien, die es im Westen besitzt, einbüßt. Das war für GOMULKA und seine Umgebung vom ersten Augenblick an klar, aber trotzdem war es für ihn nicht möglich, aus der Sache herauszuhalten. Polen führt keine selbständige Aussenpolitik. Selbständige polnische Initiativen auf dem Gebiete der Aussenpolitik sind nur denkbar, wenn sie den sowjetischen Plänen nicht zuwiderlaufen. Eine eigene, von der sowjetischen abweichende, Haltung Polens in der Berlin-Frage ist bei der Abhängigkeit dieses Landes von der Sowjetunion unvorstellbar.

+ sich

Der ULBRICHT-Staat genießt in Polen wenig Sympathie, diese Tatsache ist allgemein bekannt. Das liegt nicht allein an den verbreiteten Ressentiments gegenüber den Deutschen im allgemeinen. Für einen einfachen Mann in Polen sind die Pankower Machthaber deshalb besonders unsympathisch, weil sie übereifrige Kommunisten sind. Die Regierenden in Polen sind dagegen der Meinung, daß die SED-Leute schlechte Kommunisten sind, weil sie, anders als das in Polen der Fall ist, ihre stalinistische Vergangenheit nicht bezwungen haben. Der einfache Mensch in Polen beneidet die Untertanen ULBRICHTs um die Möglichkeit, den Zonenstaat notfalls verlassen zu können. Die Bevölkerung Polens hatte Verständnis dafür, daß die unterjochten westlichen Nachbarn von dieser Möglichkeit Gebrauch machten. Die in Polen regierenden Kommunisten betrachteten die Tatsache, daß Massen von Flüchtlingen die SBZ verließen, mit Gleichgültigkeit. Niemand in der Regierung Polens zeigte sich jemals ernsthaft darüber besorgt, daß für ULBRICHT Westberlin ein "nicht verstopftes Loch im eisernen Vorhang" ist. Erst in letzter Zeit herrschte in offiziellen Kreisen Warschaus eine gewisse Beunruhigung über die Ausmaße der Fluchtbewegung. Man fragte sich, ob der westliche Nachbar in dieser Situation seine Exportpläne erfüllen kann. Dieses Problem hat eine gewisse Bedeutung für Polen und auch andere Länder des Ostblocks, die auf Maschinenimporte aus der DDR angewiesen sind. Es ist ein Problem, über das man sich in Warschau (und sicherlich auch woanders) einige Gedanken macht, aber nur weil man eigene Interessen hat und nicht weil man auf ULBRICHT bedacht ist.

Die Gedanken, die man sich im offiziellen Warschau über die von den Sowjets provozierte Berlin-Krise machte, bewegten sich lange Zeit um die Probleme, die aus einem verschärften kalten Krieg resultieren könnten. An einen wirklichen Krieg glaubte und glaubt man nicht. Über die wahren Absichten des sowjetischen Premiers ist sicherlich auch GOMULKA selbst im Unklaren. Man betrachtet aber CHRUSCHTSCHOW nicht als einen politischen Abenteurer, worauf sich die Friedenshoffnungen begründen. Dennoch hört man im offiziellen Warschau mit Besorgnis die Warnungen der westlichen Staatsmänner vor Provokationen, die einen Krieg zur Folge haben könnten.

Das vom letzten Krieg besonders schwer heimgesuchte polnische Volk reagiert auf jedes Gerede über Kriegsgefahr empfindlicher als andere. Die Regierung treibt deshalb eine Pressepolitik, die eventuellen panischen Stimmungen unter der Bevölkerung entgegenwirken soll. In allen Kommentaren vermeidet man es, von den Gefahren zu sprechen, die aus der augenblicklichen Lage resultieren. Trotzdem entstand eine spürbare Beunruhigung durch die letzte Fernsehrede des amerikanischen Staatspräsidenten. Diese Unruhe verbindet sich mit einer gewissen Resignation: sowohl Führung als auch Volk wissen, daß sie die Entwicklung nur beobachten können und keinen Einfluß auf sie besitzen.

## 2. Nicht so heiß...

Zu den zahlreichen Besonderheiten des GOMULKA-Systems, die es von anderen Ostblockstaaten unterscheidet, gehören unbedingt die Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Der Oktober 1956 brachte eine Versöhnung, die aber erwartungsgemäß nicht von Dauer sein konnte. Seit über vier Jahren geht es hin und her im abwechslungsreichen Spiel zwischen den beiden mächtigen Kräften in Polen: der Kirche und der Partei. Die Auseinandersetzung wird mit oft recht kraftvollen Worten und Formulierungen ausgetragen. Man sollte meinen, daß die Folge dieser beiderseitigen Vorwürfe und Anklagen nur ein endgültiges Zerwürfnis sein könnte, aber es geschieht nichts derartiges. Man müßte hier noch das Wort "glücklicherweise" hinzusetzen. Denn ein offener Krieg zwischen den

beiden Machtfaktoren in Polen müßte für das ganze Land verhängnisvolle Folgen haben.

Wenn plötzlich ein Ereignis eintritt, das die Gefahr eines offenen Konfliktes in sich trägt (wie z.B. der kleine Volksaufstand in Nowa Huta bei Krakau wegen Beseitigung eines Kreuzes), verhalten sich beide Seiten erstaunlich besonnen und zurückhaltend. Das beweist nur, daß beide Hauptpartner in diesem Spiele, der Kardinal WYSZYNSKI und Parteisekretär GOMULKA, im vollen Bewußtsein der Verantwortung handeln, die auf ihnen liegt.

Seit dem Oktober 1956 mußte die katholische Kirche in Polen manche Position, die sie schwer erkämpft hatte, aufgeben. Die damals eingeleitete Normalisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche gab den katholischen Kräften in Polen einen grossen Aufschwung. Ein grosser Teil der Geistlichkeit empfand nach den Jahren des stalinistischen Terrors und der Bedrängnis den im Oktober 1956 geschlossenen Kompromiß als den Beginn eines großen Kreuzzuges zur Rechristianisierung des Landes in Polen. Der dabei von einzelnen zur Schau getragene Fanatismus stieß auf den Fanatismus der Gegenseite. Im kommunistischen Lager gab es nicht wenige, die das WYSZYNSKI-GOMULKA-Abkommen als eine Schande für die Partei empfanden. Glücklicherweise behielten nicht die Fanatiker in beiden Lagern das letzte Wort. Unter dem Druck der internen (und nicht nur internen) Parteikräfte mußte GOMULKA allerdings manche früher erteilte Konzession annullieren. Die Streichung des Religionsunterrichts aus dem offiziellen Schulprogramm gehörte dazu und wurde von der Kirche in Ruhe hingenommen.

Eine Reihe von Maßnahmen der Regierung dagegen, die nicht gegen die Kirche gerichtet waren, stieß auf Widerspruch der katholischen Hierarchie. Die Maßnahme zur Geburtenkontrolle beispielsweise, die aus rein sozialpolitischen Motiven ergriffen worden waren, veranlaßten das Episkopat zu kompromißlosem Kampf.

Auf die oft heftigen Worte der Kritik seitens der Kirche reagierte GOMULKA in den letzten Monaten in sehr gereizter Weise. Der Parteichef ist zwar sehr darauf bedacht, einen offenen Konflikt zu vermeiden, man merkt aber deutlich, wie sehr er manch-

mal über die Haltung der Kirchenstellen verärgert ist. Gewiß wird es seinem Partner, Kardinal WYSZYNSKI, oft nicht anders gehen.

In der Atmosphäre der gegenseitigen Gereiztheit kommt es vor, daß Entscheidungen getroffen werden, die eigentlich den beiderseitigen Interessen zuwiderlaufen. Nur auf diese Weise läßt sich die Ernennung des neuen Leiters des Amtes für Kultusfragen erklären. Dieser Leiter ist dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt und besitzt den Rang eines Ministers, obwohl er an den Kabinettsitzungen nicht teilnimmt.

Bis vor kurzem wurde dieses Amt vom ZK-Mitglied und ehemaligen Gesundheitsminister, Jerzy SZTACHELSKI, ausgeübt. Als nach den Sejmwahlen eine neue CYRANKIEWICZ-Regierung zusammengestellt wurde, bekam SZTACHELSKI seinen alten Ministersitz wieder. Ein neuer Leiter des Kultusamtes wurde zunächst nicht nominiert und erst am 9. Juli brachte die Presse eine Nachricht über die Ernennung eines subalternen Beamten, Tadeusz ZABINSKI. Mit dieser Besetzung wollte GOMULKA seinem Widersacher zum Ausdruck bringen, daß er die Beziehungen zwischen Partei und Kirche fürs erste brachliegen lassen will. Eine Normalisierung dieser Beziehungen, die von katholischen Abgeordneten im Sejm postuliert wurde, wird also vom Parteichef nicht als dringend nötig betrachtet.

Das Episkopat fühlt sich natürlich durch ein derartiges Verhalten beleidigt und herabgesetzt. Dieses Gefühl werden die Bischöfe sicher so lange nicht loswerden, bis der neue Leiter des Kultusamtes nicht von einem anderen ersetzt wird, der entsprechenden Rang und Format besitzt. Die Gespräche, die man nach den Wahlen eigentlich erwartet hatte, werden also nicht stattfinden. Das daraus eine weitere Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen resultieren könnte, wird allerdings in gut informierten Kreisen nicht erwartet. Was die Beziehungen zwischen Partei und Kirche betrifft, so ist man in Polen schon seit langem daran gewöhnt, daß man die Suppe nicht so heiß ist, wie sie gekocht wird.

## II. Wirtschaft

### 1.) Ergebnisse des I. Halbjahres 1961

Am 25. Juli veröffentlichte das Statistische Hauptamt in Warschau ein Kommuniqué über die Erfüllung des Wirtschaftsplanes für das erste Halbjahr 1961.

#### Industrie

Wie aus dem Kommuniqué hervorgeht erhöhte sich die Produktion der Industrie um 11,4 % im Vergleich zum I. Halbjahr 1960. Das bedeutet, daß der Plan mit 102,7% übererfüllt wurde. Am schnellsten wuchs in den letzten 6 Monaten die Produktion der elektrotechnischen Industrie (23%). Ihr folgt die chemische Industrie (20%), Maschinenbau (19%, Transportmittelbau (19%), Energieerzeugung (14%), Baumittelerzeugung (13%). Die Steigerung der Förderung von Brennstoffen erfolgte viel langsamer (3%).

Die Produktion von einigen wichtigen Erzeugnissen sah folgendermaßen aus:

<u>Erzeugnis:</u>	<u>Maßeinheit:</u>	<u>produzierte Menge:</u>	<u>Index:</u> <u>1960 = 100</u>
Elektroenergie	Mio kWh	15 564	111
Steinkohle	Mio to	53,1	103
Koks	"	6,2	105
Rohstahl	"	3,5	108
Walzerzeugnisse	"	2,4	108
Aluminium	Taus.to	23,5	208
Zink	"	90,6	104
spannabhebende Werkzeugmaschinen	Taus.Stück	11,1	95
landw.Maschinen	Mio. Zloty	1014	111,5
Traktoren	Stück	4449	184,6
LKW	"	9081	97,6
Güterwaggon	"	6964	99

Fortsetzung:

<u>Erzeugnis:</u>	<u>Maßeinheit:</u>	<u>produzierte</u> <u>Menge:</u>	<u>Index:</u> <u>1960 = 100</u>
Hochseeschiffe (über 100 DWT)	Taus. DWT	113,1	108,3
Motorräder	Taus. Stück	81,8	119
Fahrräder	"	231,2	93,3
Waschmaschinen	"	285,7	112,1
Kühlschränke	"	22,7	120
Rundfunkempfänger	"	287	89,2
Fernsehapparate	"	102,7	120,9
Schwefelsäure (100%)	Taus. to	370,5	116
kalzinierte Soda (98%)	"	266,7	102
Ätznatron	" "	92,4	110
Stickstoffdüngemittel (100%)	"	140,8	107
Phosphordüngemittel (100%)	"	118,1	128
Kunstseide	"	11,4	107
Steelon (Perlon)	"	2,6	124
Zement	"	3493	118
Zellulose	"	152,2	108
Papier	"	271,7	112
Baumwollstoffe	Mio m.	352	107
Wollstoffe	"	38,6	96
seidene Stoffe	"	56,7	105
Leinenstoffe	"	45,0	113

Hauptsächlich der Maschinenbau hat bei manchen wichtigen Erzeugnissen (Turbinen, PKW-s, Traktoren, Werkzeugmaschinen, landw. Maschinen, rollendes Material) das Plansoll nicht erfüllen können. Das gleiche läßt sich über manche industriellen Massenbedarfsartikel sagen (Fahrräder, Mopeds, Fernsehapparate, Kühlschränke). Diese Planrückstände sind in manchen Fällen (landw. Maschinen, Traktoren) von geringer Bedeutung für die Volkswirtschaft. Im allgemeinen ist das Bild auf dem Gebiete der industriellen Produktion zufriedenstellend. Manchmal darf aber auch eine Meldung über die Erfüllung des Plansolls nicht

darüber hinwegtäuschen, daß es in der industriellen Produktion immer noch gefährliche Engpässe gibt. So wurde beispielsweise der Produktionsplan für Elektroenergie um 1,5 % übererfüllt, doch hielt die Produktionssteigerung für Strom um 11% nicht den noch schneller steigenden Erfordernissen der Industrie stand, so daß man auch in letzten 6 Monaten auf Stromsperrern nicht verzichten konnte.

Der Steigerung der allgemeinen industriellen Produktion um 11,4% steht die Erhöhung der Beschäftigtenzahl in der Industrie um 3,2 % gegenüber. Also wuchs die Produktivität eines jeden Arbeiters in der Industrie um ca. 8%. Das Niveau der Arbeitsproduktivität in Polen entspricht immer noch nicht den westlichen Maßstäben, man hat aber in den letzten drei Jahren auf diesem Gebiete unbestrittene Erfolge zu verzeichnen.

### Landwirtschaft

Noch Mitte Juli sprach man von sehr guten Perspektiven der Landwirtschaft. Das bezog sich auf die vermeintlichen Ernterträge für Getreide, Ölfrüchte und Futterpflanzen. Wie sich bald darauf herausstellen sollte, lag das Hauptproblem bei der Einbringung der Ernte, die durch andauernde Regenfälle ernstlich gefährdet wurde. Zur Zeit läßt sich noch nicht sagen, welche Verluste durch das Wetter verursacht wurden. Bei normalen Wetterverhältnissen im Juli hätte man jedenfalls Aussicht auf eine Rekordernte von Getreide gehabt. Die gesteigerte Aufmerksamkeit, die man der Landwirtschaft in den letzten Jahren angedeihen ließ, fängt an, sich jetzt auszuzahlen. Vor Naturkatastrophen ist man aber nur sehr ungenügend geschützt.

Die Zahl der Rinder vergrößerte sich um 5,5 % (was man als einen besonderen Erfolg betrachtet, denn das bedeutet eine Zunahme um um 500.000 Stück); die Zahl der Schweine um 8 % (ca. 1 Million).

Die Bauernzirkel, die eine besondere Rolle in der Landwirtschaftspolitik der Partei spielen, nahmen im letzten Halbjahr um 6,6 % zu, es gibt jetzt fast 25.000. Diese Zirkel gibt es schon in 61 % der Dörfer. Die Mitgliederzahl erhöhte sich um 9 % und betrug 876.000. Diese Angaben lassen vermuten, daß die Entwicklung der Bauernzirkel gesündere Formen annahm als in vergangenen Jahren. Damals wuchs die Zahl der Zirkel schneller, als die Zahl der Mitglieder, es entstanden also hauptsächlich kleinere, lebensunfähige Zirkel. Dieser ungesunden Erscheinung scheint man ein Ende bereitet zu haben, auch die schon bestehenden Zirkel vergrößern ihre Mitgliederzahl. Im übrigen erfolgt die Entwicklung auf diesem Gebiet ohne den gewohnten Presse- und Radiorummel. Man hört in den letzten Monaten nicht viel über die Bauernzirkel. Diese Zurückhaltung beweist, daß man abwarten will, bis diese Zirkel ein wirkliches Instrument der Landwirtschaftspolitik der Partei geworden sind. Das wird erst dann sein, wenn sie zahlenmässig und finanziell stark genug sind und über eine ausreichende maschinelle Basis verfügen. Am 30. Juni 1961 besaßen die fast 25.000 Bauernzirkel erst 10.700 Traktoren mit dazu gehörenden Maschinen. Zwei Traktoren kamen also auf 5 Zirkel. Zu beachten ist allerdings, daß diese Traktorenzahl heute um 55 % grösser ist als noch vor 6 Monaten. Die Belieferung mit Maschinen erfolgt also schneller, als Zirkel neu entstehen. Sollten diese Proportionen weiter beibehalten werden, sind die Aussichten für die Zukunft nicht schlecht.

Die Traktorenzahl in der gesamten Landwirtschaft betrug 66.300 und lag um 7 % höher als vor 6 Monaten. Daraus läßt sich entnehmen, daß neue Traktoren hauptsächlich den Bauernzirkel zugewiesen werden.

Die fortschreitende Mechanisierung der Landwirtschaft hat eine Verminderung des Pferdebestandes zur Folge. Er ist jetzt um 70.000 kleiner als vor 6 Monaten, was eine Senkung um 2,7 % bedeutet.

## Aussenhandel

Der Wert der Aussenhandelsumsätze im ersten Halbjahr 1961 (ausgedrückt in Millionen von Devisenzloty, 4 Zloty = 1 Dollar) erreichte folgende Höhe:

I. Halbjahr 1960 = 100

Gesamtwert des Aussenhandels:	5919	111,6
davon:		
Ausfuhr	2663	113,9
Einfuhr	3256	109,8

Trotz des schnelleren Wachstums des Exportes bleibt der Saldo des polnischen Aussenhandels weiterhin passiv. Dieses Defizit läßt sich durch die schnell wachsende Rohstoffnachfrage der polnischen Industrie erklären, während die Auswertung der eigenen Rohstoffbasis nicht schnell genug erfolgen kann, weil erst kostspielige und zeitraubende Investitionsprojekte verwirklicht werden müssen. Das bezieht sich in erster Linie auf Schwefel, Braunkohle und Kupfer. Auch die Einfuhr von Maschinen und industriellen Erzeugnissen läßt sich mit Rücksicht auf die notwendige Industrialisierung des Landes nicht einschränken. Der einzige Ausweg aus dieser Lage ist die Steigerung des Exports, der schon immer als Schlüsselfrage der Wirtschaft Polens bezeichnet wird.

## Bevölkerungszahl

Die Zahl der Einwohner Polens überschritt am 30. Juni d.J. 29,9 Millionen Einwohner. Ende Juli sollte die Bevölkerungszahl die Höhe von 30 Millionen erreichen. Der Geburtenüberschuß erreichte im I. Halbjahr 1961 13,8 Promille verglichen mit 16,3 Promille im ersten Halbjahr 1960. Das Sinken dieser Zahl ist auf die seit Jahren geführte Propaganda für die Geburtenkontrolle zurückzuführen.

## Beschäftigung

Die Beschäftigung im verstaatlichten Teil der Volkswirtschaft ergab im I. Halbjahr 1961 folgendes Bild:

	<u>Zahl in Tausend:</u>	<u>I. Halbjahr 1960</u> <u>= 100</u>
Insgesamt	7146	104,1
Landwirtschaft (Staatsgüter)	374	103,1
Forstwirtschaft	183	114,1
Industrie	2979	103,2
Bauwesen	787	101,7
Transport u. Verbindungswesen	666	103,3
Handel	703	102,7
kommunale Wirtschaft	218	106,5
Schulwesen, Wissenschaft, Kultur	475	104,7
Gesundheitswesen, soziale Einrichtungen	325	107,2
Verwaltung und Justiz	236	102,2

Die geringste Erhöhung erfolgte nach dieser Zusammenstellung im Bauwesen. In diesem Zweig der Volkswirtschaft war auch die Arbeitsproduktivität besonders niedrig und die Zahl der "Bummelanten" am höchsten.

Die Zunahme an Arbeitskräften in der Industrie erreichte nicht das Durchschnittsniveau für die ganze Volkswirtschaft.

Das gleiche gilt auch für die allgemeine Verwaltung. Die seit Jahren geführte Politik einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen produktiv Arbeitenden und Verwaltungspersonal bringt zwar langsame Resultate, ist aber noch immer weit entfernt von den entsprechenden Relationen des Westens.

## Löhne

Im ersten Halbjahr d.J. entwickelten sich die Durchschnittslöhne in der Staatswirtschaft wie folgt:

	<u>Lohnhöhe in Zloty</u> (Bruttolöhne)	<u>I. Halbjahr 1960</u> = 100
Gesamtwirtschaft	1703	104,9
Landwirtschaft	1295	107,6
Forstwirtschaft	1221	106,4
Industrie	1892	104,9
Bauwesen	1992	106,9
Transport u. Verbindungs- wesen	1606	104,6
Handel	1418	105,6
kommunale Wirtschaft	1569	102,1
Schulwesen, Wissenschaft, Kultur	1541	104,2
Gesundheitswesen, soziale Einrichtungen	1330	103,6
Verwaltung u. Justiz	1723	103,4

Da die steuerlichen Abzüge sich im Laufe der letzten 18 Monate im allgemeinen kaum verändert haben, darf man annehmen, daß die Nettolöhne im gleichen Verhältnis, wie die Bruttolöhne gestiegen sind. Diese Feststellung gibt noch keine Rückschlüsse auf die Bewegung der Reallöhne. Sie lassen sich im Augenblick auch gar nicht feststellen, da eine Aufstellung der Lebenskostenbewegung fehlt.

Die in Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Menschen bekommen die niedrigsten Löhne, daran hat sich nichts geändert. Zu bemerken ist allerdings, daß sie einen Teil ihrer Belohnung in Naturalien bekommen, und dass ihre Bruttolöhne wesentlich schneller wachsen, als es bei den übrigen Zweigen der Volkswirtschaft der Fall ist.

Von den übrigen Wirtschaftszweigen gehören die Angestellten des Gesundheitswesens zu den am schlechtesten Bezahlten. Bedenklich erscheint die Tatsache, daß die Steigerung ihrer Bruttolöhne nicht einmal das Durchschnittsniveau der gesamten Volkswirtschaft erreichte. Die wirtschaftliche Lage dieser Beschäftigten verschlechtert sich also im Vergleich zu anderen Gruppen noch mehr.

Bauarbeiter genießen in Polen den Ruf, ihre Löhne in jedem Fall durchzusetzen. In dieser Branche entstand der Spruch: "Ob man anpackt oder nicht - 2000 sind fällig" (Czy sie stoi, czy sie lezy - 2000 sie nalezy). Baufirmen gelten immer noch als Interessen-Kliquen, in denen vom Direktor bis zum ungelernten Arbeiter alle sich zu einem Ziel vereinen: den Staat nach allen Regeln der Kunst auszunehmen. Und diese Kunst des Ausnehmens hat ein umfangreiches Repertoire. Man versucht schon lange, diese Praktiken zu bekämpfen, aber alle Interessierten halten fest zusammen. Im Endergebnis können sie sich damit brüsten, die höchsten Durchschnittslöhne in Polen zu bekommen. Auch die Steigerung der Bruttolöhne dieser Gruppe liegt höher, als in allen anderen Branchen der Volkswirtschaft, mit Ausnahme der Landwirtschaft.

### III. Soziale Probleme

#### 1. Reallöhne

Neue Angaben über die Bewegung der Reallöhne wurden vom Statistischen Hauptamt in dem monatlich erscheinenden "Statistischen Bulletin" veröffentlicht. Diese Veröffentlichung wird ausführlich in der Zeitung "Zycie Warszawy" am 12. Juli besprochen. Daraus entnehmen wir folgende Information:

In den vergangenen 5 Jahren (1956-60) sollen sich die Reallöhne in Polen um 29,1 % erhöht haben. Zu diesem Ergebnis kam man durch Vergleich der Bewegung von nominellen Nettolöhnen mit den jeweiligen Lebenshaltungskosten.

Die Berechnung von nominellen Nettolöhnen ist eine einfache Sache. Die Schwierigkeiten beginnen erst bei der Berechnung des Index für Lebenshaltungskosten, weil man hier die ganze Preisbewegung berücksichtigen muß. Es handelt sich dabei nicht lediglich um die Festpreise des staatlichen Handels, sondern auch um Freimarktpreise, die sich nicht immer so einfach feststellen ließen.

Die durchschnittlichen Nettolöhne erhöhten sich von 1008 Zloty im Jahre 1955 auf 1500 Zloty im Jahre 1960. Diese Erhöhung er-

folgte hauptsächlich in den Jahren 1956 und 1957. "Zycie Warszawy" stellt fest, daß diese schnelle Zunahme des Einkommens auf Kosten einer Auslandsverschuldung erfolgte und gewisse inflationistische Begleiterscheinungen auf dem Binnenmarkt, dessen Warendecke nicht entsprechend vergrößert werden konnte, mit sich brachte. Diese inflationistischen Erscheinungen konnten erst in den Jahren 1958-60 "gebremst werden."

Die höchsten Durchschnittslöhne bekommen die Grubenarbeiter (2751 Zloty Bruttolohn pro Monat), die niedrigsten Industrielöhne werden in der Bekleidungsindustrie (1271) gezahlt. Hungerlöhne (unter 800 Zloty pro Monat) bekam im Jahre 1955 noch jeder dritte Industriearbeiter. Heute beträgt die Zahl dieser schlecht bezahlten Hilfsarbeiter 6,6%.

Der Index der Lebenshaltungskosten wurde laut Informationen des Statistischen Hauptamtes "mit grösster Sorgfalt" berechnet. Das Ergebnis dieser Arbeit ist die Feststellung, daß die Lebenshaltungskosten im Jahre 1960 um 15,2 % höher lagen als im Jahre 1955. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte erhöhten sich um 16,1 %, die der industriellen Erzeugnisse um 8 %.

Die Preisbewegung dieser beiden Gütergruppen verlief in den vergangenen 5 Jahren nicht gleichmässig. In der Zeit 1955-58 erhöhten sich die Preise für landw. Erzeugnisse nur unwesentlich, die der industriellen Produktion dagegen viel stärker.

Seit Ende des Jahres 1958 änderte sich das Bild. Die Preise für zahlreiche industrielle Konsumgüter wurden gesenkt, die Lebensmittel dagegen teurer. Im Jahre 1959 erhöhten sich die offiziellen Höchstpreise für Fleisch, das gleiche gilt für die Freihandelspreise von Gemüse, Obst, Eiern und Milch.

In den letzten beiden Jahren befestigte sich die jetzige Relation zwischen den Preisen für landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse. Nach Ansicht des Blattes wurden diese früher falschen Relationen (billige Lebensmittel - teure industrielle Konsumgüter) zu Recht korrigiert. Allerdings entzieht sich auch der Betrachtung des Blattes die Tatsache nicht, daß eine Erhöhung der Lebensmittelpreise sich gegen die schlechter bezahlten Menschen richtet, weil sie einen relativ hohen Teil ihrer Ein-

künfte für das Essen ausgeben müssen. Da die Zahl der schlecht bezahlten Menschen in Polen sehr groß ist, muß die soziale Wirkung stark spürbar sein.

Wie schon vorher festgestellt wurde, war das Niveau der Reallöhne im Jahre 1960 um 29,1 % höher als im Jahre 1955. Als eine kleine Sensation mutet dabei die Tatsache an, daß das Niveau der Real-löhne im letzten Jahrfünft nicht im Jahre 1960, sondern ein Jahr vorher seinen Höchststand erreichte. 1959 waren die Real-löhne um 31,1 % höher als 1955. Das folgende Jahr brachte eine Verschlechterung um zwei Punkte. Das war die Folge der Preis-erhöhung für Fleisch und manche im Freihandel verkauften Le-bensmittel. Auch das Bremsen der eigenwilligen Lohnerhöhungen in manchen Betrieben trug hier dazu bei.

Als Basis zur Errechnung der Nettolöhne wurden nur die Grund-löhne genommen, die aus dem Personallohnfonds ausgezahlt werden. Ein nicht unwesentlicher Teil der Beschäftigten bekommt noch verschiedene Prämien und Entlohnungen aus dem Betriebsfonds, Familien- und Krankheitszulagen, die hier sämtlich nicht berück-sichtigt werden. Die Höhe dieser Zuwendungen ist nicht unbe-trächtlich und betrug im Jahre 1955 13 Milliarden, im Jahre 1960 dagegen schon fast 20 Milliarden Zloty. Eine Berücksichti-gung dieser Summen würde das allgemeine Bild der Reallöhne nicht unwesentlich beeinflussen.

Die letzte Bemerkung des Blattes gibt uns einen guten Hinweis auf die unterschiedliche Behandlung der menschlichen Probleme im jetzigen System im Gegensatz zur Ära des Stalinismus. Das Blatt meint, daß alle Betrachtungen sich auf einen theoretischen "homo statisticus" beziehen, während man in Wirklichkeit mit menschlichen Individuen zu tun habe, die das Problem der Verbesserung ihrer materiellen Lage individuell, subjektiv empfinden. Dieses Empfinden sei von sehr vielen Elementen ab-hängig, die nicht immer nur rein materiell begründet werden könne. Dieser Feststellung ist nichts hinzuzufügen.

## 2. "Neustädter" in Polen

Polen besitzt immer noch einen sehr hohen Geburtenüberschuß, und seine Bevölkerung (heute 30 Millionen) vergrößert sich jährlich um eine halbe Million. Obwohl dieser Geburtenüberschuß auf dem Lande noch höher als in den Städten ist, bleibt die Zahl der Landbevölkerung seit 12 Jahren konstant. Im Jahre 1949 betrug die Zahl der Dorfeinwohner 15,5 Millionen, heute ist sie die gleiche. Mit anderen Worten: die Bevölkerungszunahme in Polen kommt nur den Städten zugute. Das ist die verblüffende Folge einer grossen Emigration, einer Auswanderung der Dorfeinwohner in die Städte.

Im Jahre 1962 wird die Zahl der Stadteinwohner die Zahl der Dorfeinwohner erreichen. Vor 90 Jahren wohnten nur 16 % der Bevölkerung in den Städten.

"Zycie Warszawy" vom 9. Juli befaßt sich mit dem Problem der "Neustädter" d.h. jener Bauern, die erst seit wenigen Jahren den väterlichen Hof verlassen haben und ein besseres Leben in der Stadt suchen. Diese Menschen mutet noch lange Zeit das neue Milieu fremd an und sie können sich nur langsam der städtischen Umgebung anpassen. Das Nebeneinanderleben mit den "Altstädtern" (von einem Zusammenleben kann nicht die Rede sein) bringt viele Konflikte mit sich. Die "Alten" sind oft über die Primitivität und Unzivilisiertheit der "Neuen" schockiert. Die "Neuen" beschuldigen die Alteingesessenen der Gleichgültigkeit und des Egoismus gegenüber ihren Nächsten. Das "Unpersönliche" bei der Behandlung des Schicksals anderer Menschen, das so typisch für viele Stadteinwohner ist, wird von den "Neustädtern" nicht begriffen. Für sie ist der Nachbar ein Mensch, den man lieben oder hassen kann, er kann aber niemals gleichgültig sein.

Konflikte und Antagonismen zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen in den Städten verdienen eine nähere, nicht nur feuilletonistische Betrachtung. Hier liegt ein interessantes Gebiet für Soziologen, die in Polen seit 5 Jahren sehr aktiv sind.